

**Mitteilung Nr. 04.2023**

2. August 2023



"Demokratie ist die schlechteste  
aller Regierungsformen -  
abgesehen von all den anderen  
Formen, die von Zeit zu Zeit  
ausprobiert worden sind."

Sir Winston Churchill (1874-1965)

Bild: BiblioArchives / LibraryArchives [Public domain] via Wikimedia Commons

**Derzeit laufen unsere Vorbereitung zur Vergabe des Europäischen Sozialpreises 2023. In diesem Jahr wird er international vergeben. Wir haben uns bei unseren Nachbarn in den Niederlanden umgesehen.**

Zum Hintergrund unserer Metapher **FÜR EIN SOZIALES UND SOLODARISCHES EUROPA:**

Sie steckt in den Zielen und Werten der Europäischen Union und sind zu finden in Artikel 2 und Artikel 3 des Vertrages von Lissabon. Eine gute Beschreibung finden Sie hier auf den Seiten der [EU Kommission](#).

Einer der ersten Sätze, die man in Vorträgen und Präsentationen über die Europäische Union hört, lautet: "Die EU ist eine Wertegemeinschaft." Meist wird dieser Hinweis gegeben, um dem Vorurteil, die Europäische Union sei nur ein kalter Wirtschaftsverbund, entgegenzutreten.

In der Tat ist die EU Anfang der 1950er Jahre (damals als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS) nicht in erster Linie gegründet worden, um den wirtschaftlichen Fortschritt voranzubringen, sondern um den wichtigsten Wert überhaupt zu sichern: den Frieden. Fünf Jahre nach dem verheerenden Zweiten Weltkrieg begannen die Verhandlungen, die 1951 zum Vertrag über diese erste Europäische Gemeinschaft führten. Der Krieg mit weit über 50 Millionen Toten war jedem präsent, alle die am Verhandlungstisch saßen, hatten ihn erlebt und durchlitten.

Die Europäische Union stellt ein weltweit einzigartiges **Beispiel supranationaler Demokratie** dar.

Durch die Übertragung nationaler Kompetenzen hat sich die Europäische Union zu einem Vorbild supranationaler Demokratie entwickelt. Die Mitgliedsstaaten haben einen Teil ihrer Souveränität auf die Europäische Union übertragen, ihre Rechtsakte sind damit verbindlich und werden, zumindest teilweise, auf nationaler Ebene unmittelbar angewandt. Ihre Grenzen finden die Kompetenzen der EU im Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. Demnach verfügt die EU über keine „Kompetenz-Kompetenz“, kann also die ihr von den souveränen Mitgliedsstaaten übertragenen Befugnisse nicht eigenständig erweitern.

Ihre demokratische Legitimation erhält die Europäische Union über zwei voneinander unabhängige Stränge. Das Europäische Parlament auf der einen Seite wird bereits seit 1979 direkt von den Bürgern der Mitgliedsstaaten gewählt, jeder EU-Bürger verfügt über ein aktives und passives Wahlrecht. Seit 2014 werden von den Parteifamilien zudem auch Spitzenkandidaten aufgestellt, um den Wahlprozess für die Bürger vertrauert und nachvollziehbarer zu gestalten. Auf der anderen Seite stehen die nationalen Regierungen der Mitgliedsstaaten, die ihrerseits demokratisch legitimiert und auf europäischer Ebene unter anderem im Rat vertreten sind.

Spätestens durch die Einführung des sogenannten „ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens“ im Vertrag von Lissabon ist das Europäische Parlament zum Mitgesetzgeber in der überwiegenden Zahl der Politikbereiche geworden. Auch seine Rolle im Verfahren zur Festlegung des Haushalts wurde weiter gestärkt. Auch die regionale Ebene hat in der Europäischen Union ein Mitspracherecht – im Ausschuss der Regionen sitzen gewählte Vertreter aus den Städten und Regionen Europas. Der Ausschuss der Regionen ist im Rahmen von Rechtsetzungsverfahren zum Beispiel bei Fragen anzuhören, die die kommunale und regionale Verwaltung betreffen.

Das Land Nordrhein-Westfalen z.B. bringt seine Positionen zu EU-Themen dabei zusätzlich über entsprechende Beschlüsse des Deutschen Bundesrates, die Konferenz der Europaminister und –ministerinnen, die Landesvertretung in Brüssel und seit kurzem auch als Mitglied im neugegründeten Netzwerk regionaler Hubs ([RegHub](#)) ein.

## **DER ZUSTAND DER DEMOKRATIE HEUTE**

Die Demokratie hat es nicht leicht in Europa: Sie soll große Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung, demographischen Wandel bewältigen und zugleich Menschen Freiheit, ausreichend Beteiligung und ein gutes Leben ermöglichen. Und nun ist in unmittelbarer Nachbarschaft auch noch Krieg. Das führt zu großen Verunsicherungen in vielen Ländern. Der Glaube in die Handlungsfähigkeit demokratischer Politik sinkt, die Polarisierung mindestens in Debatten nimmt zu, und vor allem die Parteien der Mitte, einst Garant von Stabilität und Fortschritt, sinken in der Wählergunst.

## **Derzeit stehen wir vor immensen Herausforderungen für die Demokratien in Europa und der Welt**

Laut aktueller Studien (z.B. V-Dem Institute) ist das Demokratie-Niveau weltweit auf den Stand von 1989 gesunken. Aktuell befinden sich mehr Länder auf dem Weg der Autokratisierung als auf dem der Demokratisierung.

In Deutschland sieht die Mehrheit zwar die Demokratie als beste Staatsform an, nur eine Minderheit ist allerdings zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie.

Die Gründe dafür liegen u. a. in der wachsenden sozialen Ungleichheit, dem Wunsch nach mehr direkter demokratischer Beteiligung und der Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## **EINE ERKENNTNIS AUF EBENE DER WELTGEMEINSCHAFT**

**2007** wurde der **15. September** von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der Demokratie erklärt. Das Ziel des Tages sind die Förderung und Verteidigung der Grundsätze der Demokratie.

Nach mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten nach dem Untergang der DDR und der Wiedererlangung der Deutschen Einheit sind das Leben in einer Demokratie und die damit verbundenen Rechte und Freiheiten wie der Schutz der Menschenwürde, die Meinungs-, Versammlungs-, Religions- und Pressefreiheit oder auch das Wahlrecht für uns selbstverständlich geworden.



Doch eine Demokratie ist nicht selbstverständlich! So musste Deutschland im letzten Jahrhundert zwei Diktaturen überstehen – die Aufarbeitung dieser Vergangenheit dauert bis heute an. Und beim Blick über die Grenzen zeigt es sich, dass es noch viele Diktaturen auf der Welt gibt, in denen die Bürger unterdrückt werden und die zum Teil gegenüber anderen Staaten aggressiv auftreten. Doch damit Demokratie lebendig bleibt, muss sich jede Generation neu die demokratischen Werte aneignen.

### **Unser Herzensprojekt seit 1996**

Mit der **Verleihung Europäischen Sozialpreis zu Eschweiler** rufen wir zu einem **sozialen und solidarischen Europa** auf. Es sind die vom Direktorium Europäischen Sozialpreis ausgewählten, stellvertretend für eine bestimmte Idee (Leitgedanke) ausgezeichneten engagierten Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft, **die ein Zeichen für Menschlichkeit setzen.**

**2023 setzen wir zwei Zeichen einmal für die Menschlichkeit und für die Demokratie. Der Europäische Sozialpreis zu Eschweiler wird deshalb am 15. September 2023 im Eschweiler Rathaus verliehen.**

**Damit wären wir dann auch bei obigen Zitat Winston Churchill's angekommen.**

"Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen." Diese Aussage wird dem ehemaligen britischen Premierminister Winston Churchill zugeschrieben. Churchills Zitat zielt auf die mit demokratischen Verfahren verbundenen Schwerfälligkeiten, auf das Erarbeiten von Kompromisslösungen, auf die Einmischungen und Einsprüche der zu einer pluralen Gesellschaft gehörenden Interessengruppen. Nicht zuletzt meint Churchill damit auch die Mühen und vielfältigen Bemühungen, welche Demokratien von befehlsgeleiteten Führerdiktaturen unterscheiden. So müssen sich die Bürgerinnen und Bürger demokratischer Gesellschaften, um am politischen Geschehen teilnehmen zu können, eben auch Wissen über die für demokratische Systeme bestimmende Verrechtlichung des öffentlichen und privaten Lebens angeeignet haben. Um sich einzumischen, um politisch aktiv zu werden, sind von daher umfassende Kenntnisse nötig.

Winston Churchill bringt in seiner Aussage einen weiteren wichtigen Sachverhalt auf den Punkt: Nirgendwo gibt es eine perfekte Demokratie, aber trotz allgegenwärtiger Widrigkeiten und auch kritischer Einwände kennen wir kein besseres politisches System als die Demokratie. Demokratisch organisierte Systeme bilden von daher die beste Gewähr dafür, dass Konflikte friedlich geregelt werden können, und zwar sowohl auf innergesellschaftlicher Ebene wie auch im Rahmen der internationalen Beziehungen. Die Sicherung des Friedens nach innen und außen, im Extremfall die Vermeidung von Aufständen und Bürgerkriegen bzw. zwischenstaatlichen Kriegen, ist somit ein vordringliches Kernelement demokratischer Systeme. "Demokratien führen keine Kriege gegeneinander", so der Politologe Ernst-Otto Czempiel.

Sie sind jetzt schon eingeladen ein Zeichen für die Demokratie und die Menschlichkeit in unserer Europäischen Zivilgesellschaft zu setzen.